

P R E S S E M I T T E I L U N G

01/2022

Pressemitteilung

Landeskrankenhausgesellschaft Brandenburg

Nicht talken, handeln und zwar jetzt!

Dramatische wirtschaftliche Lage der Krankenhäuser trifft auf Ignoranz der politisch Verantwortlichen

Potsdam, 6. September 2022 – Die wirtschaftliche Lage der Krankenhäuser im Land ist – wie bei allen Krankenhäusern bundesweit – ernst, sehr ernst. Und die Prognosen für das nächste Jahr sind noch schlechter: Inflation, Kostensteigerungen bei Energie, Lebensmitteln, Dienstleistungen aller Art treffen auf ein durch Corona, Fachkräftemangel und Bürokratielasten bereits ausgelaugtes System. Nach einer aktuellen Studie des RWI ist davon auszugehen, dass im Jahr 2023 bis zu 80 % der Kliniken rote Zahlen schreiben. So kann es, so darf es nicht weitergehen!

Um dem Nachdruck zu verleihen, sind heute aus allen Teilen des Landes Beschäftigte aus den Krankenhäusern in Potsdam zusammengekommen – unabhängig von Größe und Trägerschaft. Alle vereint die Sorge, dass wir ungebremst in Versorgungsengpässe laufen, dass die Versorgung der Brandenburger Bevölkerung leidet.

„Wir benötigen jetzt so schnell wie möglich einen Inflationsausgleich und das Wiederanlaufen der Corona-Hilfen. Die Krankenhäuser dürfen mit den gestiegenen Kosten nicht mehr allein gelassen werden. Das Letzte, was wir jetzt vor Corona-Herbst und -Winter benötigen, sind wirtschaftlich bedingte Stations- oder Abteilungsschließungen bis hin zu Insolvenzen. Wenn Karl Lauterbach als verantwortlicher Bundesminister nicht handelt, übernimmt er durch seine Untätigkeit die Verantwortung für einen kalten Strukturwandel, Wartelisten und überfüllte Notaufnahmen auch in unserem Bundesland,“ sagt Dr. Troppens, Vorstandsvorsitzender der Landeskrankenhausgesellschaft Brandenburg. „Wir begrüßen es sehr, dass die Landespolitik, insbesondere Frau Ministerin Nonnemacher und Ministerpräsident Woidke diese Verantwortung zum Handeln im Interesse der Brandenburger Patientinnen und Patienten gegenüber der Bundespolitik deutlich machen. Allerdings erwarten die Brandenburger Krankenhäuser auch, dass das Land seiner Verantwortung für eine ausreichende Investitionsfinanzierung nachkommt.“

Krankenhäuser macht die Teuerung besonders zu schaffen, da sie die Mehrkosten nicht weitergeben können, wie es ansonsten in der Wirtschaft üblich ist. Der Hintergrund: Die Vergütungen der Krankenkassen, die den Betrieb der Krankenhäuser finanzieren, sind vom Gesetzgeber so streng limitiert, dass sie für die Krankenhäuser keine Möglichkeit bieten, die tatsächlichen Preissteigerungen voll zu refinanzieren. In der Konsequenz bleibt den Kliniken nur die Möglichkeit, sich auftürmende Verluste durch Kapazitätsreduzierungen und Personalabbau zu begrenzen. Damit gehen dann auch Bettensperrungen, Stationsschließungen und schlimmstenfalls sogar Standortschließungen einher. „Ich befürchte“, ergänzt Michael Jacob, Geschäftsführer der Landeskrankenhausgesellschaft Brandenburg, „dass die Lücken in der Versorgung ab Herbst und besonders im kommenden Jahr für die Menschen auch hier bei uns in Brandenburg spürbar werden – wenn nicht gegengesteuert wird“.

Auch mit Blick auf die aktuelle und für Herbst prognostizierte Coronalage sind die Aussichten düster. „Ende Juni sind alle Corona-Hilfen des Bundes für die Krankenhäuser ausgelaufen. Es gibt derzeit keinen einzigen Euro, um den Mehraufwand für Hygiene, Isolierung und Behandlung zu refinanzieren. Der Bundesminister talkt in allen Medien über die verheerenden Auswirkungen von Corona und lässt gleichzeitig die Krankenhäuser im Regen stehen. Auch hier wird er seiner Verantwortung für eine stabile Gesundheitsversorgung nicht gerecht“, kritisiert Michael Jacob. Mehr als zwei Jahre Pandemie haben die Krankenhäuser bereits wirtschaftlich und personell extrem herausgefordert. Im Herbst und Winter steht eine noch nicht absehbare weitere Infektionswelle bevor, die die Krankenhäuser wieder verstärkt fordern wird. Zu all diesen Herausforderungen kommt nun noch die Inflation hinzu, verschärft durch noch einmal besonders stark gestiegene Energiepreise, die die sehr energieintensiven Krankenhäuser besonders treffen.

„Wir müssen feststellen, dass der Bundesgesundheitsminister seit seinem Amtsantritt mit seiner Politik die berechtigten Anliegen der Krankenhäuser, ihrer Beschäftigten und letztendlich auch der Patienten ignoriert. Die Folgen dieser Politik werden über kurz oder lang für uns alle spürbar werden“, resümiert der Vorstandsvorsitzende der LKB, Herr Dr. Troppens.

Bleibt zu hoffen, dass der Ruf der heute versammelten Beschäftigten der Brandenburger Krankenhäuser nicht ungehört verhallt.

Kontakt

<p>Die Landeskrankenhausgesellschaft Brandenburg e. V. (LKB) ist der Zusammenschluss der Träger von Krankenhäusern und ihrer Verbände im Land Brandenburg. Als Mitglieder gehören dem Verein die Träger und ihre Verbände im Land Brandenburg an. Diese repräsentieren 54 Krankenhäuser mit rund 17.000 aufgestellten Betten. Die Mitgliedschaft ist freiwillig. In den Brandenburger Krankenhäusern werden jährlich über eine halbe Million Patienten behandelt. Hierfür wird ein breites therapeutisches Leistungsspektrum in den verschiedensten Behandlungsformen - stationär, teilstationär und ambulant - angeboten. Mit 27.000 Beschäftigten stellen sie darüber hinaus einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor in der Region dar.</p>
--

Ansprechpartner:

Dr. Detlef Troppens
Vorstandsvorsitzender
Landeskrankenhausgesellschaft Brandenburg e. V.
Zeppelinstraße 48
14471 Potsdam